

# Leipziger Volkszeitung

## Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

**Abonnementspreis** für einen Monat einschließlich Bringerlohn 6.— M., bei Selbstabholung 5.50 M. Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.— M., für einen Monat 6.— M. — Preis der Einzelnummer 30 Pf. — Telefon für Kontor und Expedition: 2721 und 4596. — **Postcheckkonto Nr. 53477**

**Redaktion:** Leipzig, Tauscher Str. 19/21  
Telegraphen-Adresse: Volkszeitung Leipzig  
Telephon 13693. — **Berlin in Leipzig,**  
Tauscher Straße 19/21 — Telephon 4596

**Insertionspreise:** Die 7 gespaltene Kolonelleise oder deren Raum 1.90 M., bei Platzvorrück 2.30 M.; Familiennachrichten, die 7 gespaltene Zeile 1.70 M., Restame-Kolonelleise 7.50 M. — Telefon für die Inseraten-Abteilung 2721  
Schluß der Inseraten-Nachnahme für die fällige Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggelächte und alle Postanstalten entgegen.

### Immer neue Winkelzüge. Wie die bayerische Einwohnerwehr gerettet werden soll.

München, 20. Mai. (Eigene Drahtmeldung der L. B.) Die Meldung, wonach die Reichsregierung an die bayerische Regierung eine Note gerichtet habe, in der die Entlassung und Auflösung der bayerischen Einwohnerwehr gefordert wird, ist insofern nicht richtig, als es sich lediglich um ein allgemeines Refforturschreiben der Reichsregierung an sämtliche Einzelstaaten handelt. Dieses Rundschreiben befaßt sich mit dem vom Reichstag angenommenen Entwurf vom 23. März 1921 zur Ausführung der Artikel 177 und 178 des Friedensvertrages und legt unter Benennung des einschlägigen Wortlautes des Entwurfes die Regierung der Einzelstaaten in allgemeinen Ausführungen dar, welche Organisationen nach der Ansicht der Reichsregierung unter das Entwurfsgesetz fallen. Von der bayerischen Einwohnerwehr ist überhaupt nicht die Rede. Die Reichsregierung hat nicht den Mut gefunden, gegen Bayern in dieser Richtung energische Schritte zu unternehmen.

Wie nun die Süddeutsche Presse erfährt, besteht in bayerischen Regierungskreisen die Absicht, eine Form zu finden, daß große Teile der bisherigen Einwohnerwehr in Gestalt eines sogenannten „Ortschutzes“ beibehalten werden können. Die in dieser Hinsicht mit Berlin gepflogenen Besprechungen haben nach der gleichen Meldung zu einem bescheidenen Ergebnis geführt. So versucht man auf allen möglichen Wegen durch Verhandlungen mit Frankreich, durch Umbildung der Einwohnerwehr in einen sogenannten Ortschutz und durch Bildung neuer Freiwilligenverbände um die Auflösung der Einwohnerwehren herumzukommen.

Die Freiwilligenwerbungen für Oberösterreich werden in München eifrig fortgesetzt. Die Angeworbenen erhalten im Vereinslokal der Nationalsozialisten ihre Instruktionen und 500 Mark Handgeld. Am Mittwochabend sind neuerdings 300 Freiwillige von München nach Oberösterreich abgefahren. Die bayerische Reichswehr hat erhöhte Marschbereitschaft.

### Der Reichsentwaffnungskommissar reißt nach München.

Berlin, 20. Mai. Laut Tagesblatt begibt sich der Reichskommissar für die Entwaffnung, Dr. Peters, in den nächsten Tagen nach München zwecks Rücksprache mit der bayerischen Regierung in der Entwaffnungsfrage.

### Die Enttäuschung der französischen Imperialisten.

Erinnert man sich des siegreichen Kriegesgebrülls der imperialistischen Helden der französischen Kammer vor dem 1. Mai, erinnert man sich der Drohungen, die Briand damals fast täglich gegen Deutschland aussprach und die sich tatsächlich bis zur teilweisen Mobilisierung verdichteten, so wird man die schwere Enttäuschung der unentwegten Kriegsgeher darüber, daß alles friedlich abgelaufen ist und Frankreich sein Schwert wieder in die Scheide stecken muß, verstehen können. Natürlich suchen diese Leute jetzt ein Opfer, an dem sie ihre Wut auslassen können, und deshalb versuchen sie nun mit aller Macht, den Ministerpräsidenten Briand, der sich von dem tüchtigen Lloyd George über Ohr habe haufen lassen, zu Fall zu bringen.

In der Interpellationsdebatte, die gestern in der französischen Kammer eingeleitet hat, wurde der Generalsturm gegen Briand eingeleitet. Am ersten Tage wurden gleich drei Redner vorgeschickt, die sich in erbitterten Angriffen gegen die schwächliche Politik Briands überboten. Die Interpellationsdebatte soll bis Sonntag dauern. Gelingt es, Briand zu stürzen, dann stürzt das ganze, mühsam zusammengezimmerter Gebäude des neuesten europäischen „Gleichgewichts“ zusammen und die Politik der Gewalt und des verstellten oder offenen Krieges wird wieder aufleben, Europa unerkennbar ins Chaos gestürzt werden.

Es ist aber nicht anzunehmen, daß Briand gestürzt wird. Denn trotz aller großen Worte wissen die imperialistischen Fronten genau, daß Frankreich zu schwach ist, um sich den Luxus zu erlauben zu dürfen, die ohnehin schon brüchig gewordene Freundschaft mit England, das durch den Sturz Briands schwer brüskiert würde, gänzlich aufs Spiel zu setzen, und überdies scheint ihnen der einstimmige Protest der französischen Arbeiterschaft gegen die Mobilisierung des Jahrganges 1919 doch in die Glieder gefahren zu sein. Wie können eben in Frankreich wie in England und in Deutschland die gleiche Erscheinung beobachten: das Proletariat ist noch zu schwach, um die Macht zu übernehmen, aber es ist schon stark genug, um dem Wiederaufleben der Kriegspolitik erfolgreich Widerstand leisten zu können. Deshalb können wir dem Ausgang der französischen Kammerdebatte mit aller Ruhe entgegenblicken.

### Die Interpellationsdebatte.

Paris, 19. Mai. (U.) Die Sitzung der Kammer begann nachmittags drei Uhr. Briand und sämtliche Minister befanden sich auf der Ministerbank. Der Kammerpräsident verlas die eingehenden Interpellationen über die auswärtige Politik der Regierung. Briand verlangte die sofortige Besprechung der Interpellationen. (Zustimmung.) Der erste Interpellant war Tardieu, der die Londoner Verhandlungen befragt angriff und auf die letzte Rede Lloyd Georges

anspielte. Als der Redner sich über die Schwäche der französischen Regierung beschwerte, erscholl auf verschiedenen Seiten des Hauses Beifall. Tardieu versuchte dann nachzuweisen, daß die Resultate des Londoner Abkommens für Frankreich ungünstig sind. Er sprach lange über alle Abkommen, die seit dem Versailler Vertrag unterschrieben worden sind. Der Redner übte im weiteren Verlauf der Sitzung äußerst heftige Kritik an den Bestimmungen der Reparationskommission. Dabei erklärte er, daß diese Frankreich nur die Hälfte dessen brächten, was die französische Regierung zuerst verlangt habe.

Der nächste Redner ist Margaine, der seine Interpellation begründet und zunächst über das Resultat der Londoner Konferenz spricht. Er wendet sich sodann der oberirdischen Frage zu, prüft die Lage sowie die wirtschaftliche Bedeutung der Provinz und spricht über die verschiedenen Lösungen, die die Interalliierte Kommission unterbreitet hat. Um 4 1/2 Uhr wird die Fortsetzung der Verhandlungen auf Freitagvormittag vertagt.

### Briands Sturz möglich.

Berlin, 20. Mai. (Eigene Drahtmeldung der L. B.) Die Nachrichten aus Paris lassen erkennen, daß, wenn auch nicht mit der Wahrscheinlichkeit, immerhin aber doch mit der Möglichkeit eines Sturzes des Kabinetts Briands in der heutigen Kammerdebatte gerechnet werden muß. Der Manchester Guardian spricht bereits von der Konferenz, die Lloyd George mit Briand oder seinem Nachfolger haben wird. Die Deutsche Allgemeine Zeitung will erfahren haben, der französische Minister Berthelot habe der englischen Regierung mitgeteilt, daß Frankreich nicht in der Lage sei, vor Montag ein Datum für die Zusammenkunft des Oberrates festzusetzen.

### Werden die Sanktionen aufgehoben?

DA. Basel, 19. Mai. Eine Havasdepesche meldet: Die alliierten Sachverständigen haben sich mit überwiegender Mehrheit gegen eine Aufhebung der Zolltarife am Rhein, sowie überhaupt gegen die Aufhebung der ersten Londoner Sanktionen ausgesprochen.

In einem gewissen Gegensatz zu der bevorstehenden Havas-Meldung steht folgende Drahtmeldung aus Paris:

Paris, 19. Mai. Nach einer Meldung des Journal verifiziert man, daß der englische Vertreter in der Rheinlandschaftskommission eilig nach London berufen wurde. Diese Reise hänge zusammen mit einer Note, die die englische Regierung nach Paris gerichtet habe über die Aufhebung der Sanktionen, die vor einigen Wochen in London beschlossen worden seien, also über die Räumung der Städte Düsseldorf, Duisburg und Ruhrort und die Aufhebung der Zollgrenze am Rhein.

### Deutsche Holzhäuser für Frankreich.

Berlin, 20. Mai. (Eigene Drahtmeldung der L. B.) Im Wiederaufbaumministerium haben gestern, wie das Berliner Tageblatt erfahren haben will, Besprechungen stattgefunden, die der Lieferung von Holzhäusern im zerstörten Gebiet in Nordfrankreich galt. An der Besprechung waren Vertreter des auswärtigen Amtes sowie aller interessierten Berufsverbände beteiligt. Als Ergebnis kann festgestellt werden, daß im Laufe der nächsten Woche sich ein Vertreter des Wiederaufbaumministeriums nach Paris begeben wird, um mit dem französischen Wiederaufbaumminister Loucheur direkt Verhandlungen zu führen. Es wird sich vor allem darum handeln, die Liefermöglichkeiten für die von französischer Seite angeforderten Holzhäuser zu eröffnen. Die französische Regierung wünscht angeblich die Lieferung von Konstruktionen, die eine gewisse Dauerhaftigkeit aufweisen zum Unterschied von den Holzhäusern, die in dem Vorschlag der deutschen Gewerkschaften erwähnt werden. Mit Baracken oder Blockhäusern sei den Geschädigten in Frankreich nicht gedient, aus diesem Grunde wird man erwägen müssen, welche in Deutschland zur Zeit verwendeten Systeme nutzbar gemacht werden können. Es war vor einiger Zeit von der Typenkonstruktion der Firma Mannesmann in Düsseldorf die Rede, doch kommen andre Vorschläge in Frage, über deren Verwendungsmöglichkeit und Ausfühbarkeit im einzelnen die bevorstehenden Verhandlungen in Paris völlige Klarheit schaffen sollen. Nach Abschluß dieser Besprechung wird in Deutschland sofort mit der Lieferung begonnen werden.

### Noch ein Zeuge für die „verpönte“ Einheitsfront.

München, 20. Mai. (Eigene Drahtmeldung der L. B.) In einem Artikel zur politischen Lage macht der Präsident des Reichswirtschaftsrates Friedrich Ehler v. Braun folgende Mitteilung: „Ferner ist von mehrheitssozialdemokratischer Seite mit den bürgerlichen Parteien, einschließlich der Deutschnationalen Volkspartei, Fühlung genommen worden, um für den Fall der Ablehnung des Ultimatums eine Einheitsfront von Hergt bis Scheidemann zu bilden.“ Es scheint sich hier um dieselbe Einheitsfront zu handeln, die Dr. Heim vor kurzem „eine nie wiederkehrende verpönte Gelegenheit“ nannte.

Die Rechtssozialisten schweigen!

### Vor neuen Verhandlungen?

Der heldenmütige Kampf, den die englischen Bergarbeiter nun schon die siebente Woche gegen die Herabdrückung der gesamten Lebenslage der englischen Arbeiterschaft führen, scheint in ein neues Stadium zu treten. Nach den zuletzt eingegangenen Nachrichten wird es binnen kurzem zu neuen Verhandlungen zwischen den Bergarbeitern und den Unternehmern kommen. Die Frage, wer die Anregung dazu gegeben hat, ob sie von den Bergarbeitern oder von den Unternehmern ausgeht, ist gleichgültig, obwohl sie in der englischen Öffentlichkeit lebhaft besprochen wird. Der Bergarbeiterführer Smith hat vor einigen Tagen in einer von 4000 Bergarbeitern besuchten Versammlung ausdrücklich erklärt: „Die Bergarbeiter sind bereit, die Verhandlungen von neuem aufzunehmen, um zu einem ehrenvollen Frieden zu kommen. Es müsse aber ein besseres System als das der nationalen Kaffe Anwendung finden, ein System, das den Arbeitern ein gleichmäßiges höheres Existenzminimum über das von 1914 sichert.“ Er fügte hinzu, daß sie sich einem Urteil, das von nicht interessierter Seite gefällt wird, unterwerfen würden.

Aus diesen Äußerungen geht hervor, daß die anfänglich aufgestellten Forderungen nicht mehr in vollem Umfang aufrechterhalten werden. Ob freilich, wenn es bei den neuen Verhandlungen zu einem Übereinkommen kommt, die Bergarbeiter dem zustimmen, ist noch nicht ganz sicher; denn die Position der Unternehmung hat sich in letzter Zeit verschlechtert, nachdem die Vorräte aufgebraucht sind und nun die Konkurrenzkosten von allen Seiten ins Land kommen. Auch hat der Kampf in den letzten Wochen auf andre Arbeiterkategorien, besonders auf das Transportgewerbe und auf die Maschinisten in den Fabriken Übergreifen, so daß Unternehmer und Regierung dazu übergegangen sind, Militär und sogenannte Freiwillige als Streikbrecher zu verwenden. Die belgischen und holländischen Doker weigern sich, Kohlen nach England zu verladen, in Frankreich macht sich dieselbe Bewegung bemerkbar. Geminnt diese Bewegung an Ausdehnung, so kommt die englische Industrie und der Verkehr nahezu zum Stillstand und dies würde auf die Haltung der Regierung und der Bergwerksbesitzer allerdings so einwirken, daß sie sich zu beträchtlichen Zugeständnissen an die Arbeiter bequemen müßten. Wie groß der Kohlenmangel in England ist, geht aus dem umfangreichen Kohlentransport aus Deutschland, Frankreich und Belgien hervor. Dem Berliner Tagesblatt wird berichtet, daß die deutschen Kohlenvorräte restlos abgefahren sind und die französische Regierung hat veranlaßt, daß die monatliche Ausfuhr deutscher Kohle 300 000 bis 450 000 Tonnen nach England betragen könne. Natürlich sind diese Mengen nicht imstande, den Bedarf in England zu decken, sie erschweren aber den dortigen Bergarbeitern den Kampf. Die Solidarität der französischen, belgischen und deutschen Kapitalisten mit ihren englischen Kollegen ruft nun auch die Arbeiterschaft zu größerer Aktivität auf. Die Zentrale der Bergarbeiter in Belgien hat beschloffen, daß vom kommenden Montag an jede Woche ein Tag gestreikt werde, um die Produktion zu vermindern und die Zufuhr nach England zu hindern. Außerdem sollen 200 000 Frank Unterstützung abgefordert werden.

Noch wichtiger als dieser Beschluß ist der der Vollzugsausschüsse der Eisenbahner und Transportarbeiter Englands vom 17. Mai, der ihren Mitgliedern die Beförderung der Einfuhrkohle untersagt. Dadurch kann es doch noch zu dem großen allgemeinen Ausstand kommen, der das ganze Wirtschaftsleben Englands lahmlegen und die große Kraftprobe zwischen der Arbeiterschaft und den Kapitalisten herbeiführen würde, dem man vor einigen Wochen ausweichen wollte.

Eine Niederlage der englischen Bergarbeiter ist eine solche der gesamten Arbeiterschaft und von den verhängnisvollsten Folgen. Darüber ist man sich auf allen Seiten klar.

In der Arbeiterschaft selbst kämpfen mehrere taktische Richtungen miteinander, daher auch die schwankende und zum Teil widersprüchliche Haltung, die seit dem 1. April eingenommen wurde. Was die Situation kompliziert, ist, daß der gegenwärtige Kampf sowohl politisch als auch wirtschaftlich ist. Begonnen wurde er vom Unternehmertum. Es wollte die Staatskontrolle über die Produktion, über die Preise und über die Löhne los sein und außerdem die Löhne im Durchschnitt um mehr als ein Drittel, in vielen Fällen um die Hälfte kürzen. Der englische Kohlenhandel sollte auf Kosten der Arbeiterschaft auf dem Weltmarkt konkurrenzfähig gemacht werden. Die gesamte Arbeiterschaft Englands mußte das Vorgehen der Bergwerksbesitzer als Probeschall für die Herabdrückung ihrer Lebenslage auf die Vorkriegszeit und damit zu völliger Verelendung ansehen. Die öffentliche Meinung teilte sich sofort in zwei scharf getrennte Lager, von denen das der Arbeiterschaft das weitaus größte war. Es erstreckte sich nicht nur auf die Arbeiterschaft, sondern auch auf weite Schichten der übrigen Bevölkerung. Daß die Löhne mit einemmal so ungeheuer gekürzt werden sollten, das wollte weiten Schichten des Volkes nicht einleuchten, inwiefern die Beratenden wäh-